

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zelle 15 Pf., 3 gespalt. Textzeile 60 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorweisung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärtigen auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 216 90 unter „Allg. Jüd. Familienblatt“ erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telefon 21516
Postscheckkonto Nr. 216 90

Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag mittag
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt.

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich. 2.40 Mark vierteljährlich exkl. Bestellgeld. Streifenband-Bezug für Deutschland, Oesterreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.50 Mark. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstraße 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 8; M. Gonzer, Berlin N 24, Oranienburger Straße 26; M. Laufer, Chemnitz, Kasernenstr. 8; Dresdner Redaktion: Leon Kesten, Kaubachstraße 28.

Chronik der Woche

Karlsruher Studentenschaft beschließt Numerus Clausus. Karlsruhe, 27. Februar (JTA.). Die Karlsruher Studentenschaft hat einstimmig den Antrag des nationalsozialistischen Studentebundes angenommen, der die Einführung des Numerus Clausus befürwortet und den „Engeren Ausschuß“ beauftragt, mit dem Vorstände der deutschen Studentenschaften in diesem Sinne zu arbeiten, ferner Sprechabend zur Erörterung der Numerus-Clausus-Frage und statistische Erhebungen zu veranstalten.

Die Abschaffung der Gesetzesbeschränkungen gegen die Juden in Polen vor dem Senat. Warschau, 28. Februar (JTA.). Die Hauptkommission des polnischen Senats hat mit allen gegen die Stimmen der Nationaldemokraten die von der Regierung eingebrachte Gesetzesvorlage über Abschaffung der noch aus der Zarenzeit stammenden gesetzlichen Beschränkungen gegen die jüdische Bevölkerung angenommen. Die von der Regierungspartei im Senat gegen die Vorlage erhobenen Vorbehalte wurden zurückgezogen. An der Annahme der Vorlage durch das Senatsplenum wird darum nicht mehr gezweifelt.

Bekanntlich hat der polnische Sejm vor kurzem die Regierungsvorlage nebst einem die Aufhebung der Beschränkungen gegen die hebräische und die jiddische Sprache betreffenden Verbesserungsvorschlag des Jüdischen Klubs in dritter Lesung mit großer Mehrheit angenommen.

Strenge Bestrafung von Antisemiten in Sowjetrußland. Moskau, 27. Februar (JTA.). Das Gericht von Rogatschew hat, wohl um angesichts der in letzter Zeit häufigeren Fälle von antisemitischen Exzessen ein Exempel zu statuieren, ein bemerkenswert strenges Urteil gegen zwei Sägewerksarbeiter gefällt, die ihre jüdischen Kameraden Olshansky und Jasinowitsch in der Werkkantine beschimpft und tätlich insultiert hatten. Die beiden Arbeiter wurden zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der eine von ihnen, der eigentliche Urheber des Zwischenfalls, wird außerdem nach Verbüßung seiner Strafe aus dem Distrikt ausgewiesen werden.

Dr. Hermann Diamand, einer der Organisatoren des polnischen Sozialismus, gestorben. Lemberg, 26. Februar (JTA.). Der polnische sozialistische Führer, Sejmdeputierter Dr. Hermann Diamand, ist heute kurz nach Vollendung des 71. Lebensjahres in Lemberg gestorben. Er war eben erst von der Tagung der Internationale in Zürich zurückgekehrt, wo er noch lebhaft an den Debatten teilgenommen hatte. Dr. Hermann Diamand entstammte einer sehr angesehenen und wohlhabenden jüdischen Familie. Schon in seiner Jugend half er die polnische Sozialdemokratische Partei organisieren. Er wurde dafür als „nicht würdig zum Reserveoffizier“ erachtet und blieb k. und k. Reservefeldwebel. Vom Jahre 1907 bis zum Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie gehörte er dem österreichischen Abgeordnetenhaus an, in welchem er als einer der glänzendsten Redner eine große Rolle spielte. Seit der Wiedererrichtung Polens bis zum November 1930 gehörte er dem polnischen Sejm an. Er setzte sich mit allen Kräften für das Zustandekommen des deutsch-polnischen Handels-

vertrages ein. Die Blätter sehen einen tragischen Zufall darin, daß Diamand an dem Tage dahingegangen ist, an dem der Ausschuß des polnischen Sejm diesem Verträge zugestimmt hat.

Die jüdische Einwanderung nach Amerika im Jahre 1930. Washington, 25. Februar (JTA.). Amtlichen Verlautbarungen ist zu entnehmen, daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 5991 jüdische Ausländer zur Landung in die Vereinigten Staaten zugelassen wurden. Davon waren 4026 Einwanderer und 1965 Personen, die zu vorübergehendem Aufenthalt kamen. In dem gleichen Zeitraum haben 1151 Juden die Vereinigten Staaten verlassen, davon 992 zeitweilig und 159 dauernd.

Die Zahl der jüdischen Ausländer in den Vereinigten Staaten ist in der zweiten Hälfte 1930 um 4840 Personen gestiegen. Während die Ge-

samtzahl der Ausländer, die zur Einwanderung im Dezember zugelassen wurden, geringer war, als die Zahl jener, die im gleichen Zeitraum das Land verließen, war das Verhältnis bei der jüdischen Ein- und Auswanderung umgekehrt. 509 jüdischen Einwanderern stehen im Dezember bloß 29 jüdische Auswanderer gegenüber. Auch im ganzen Halbjahr überstieg die Auswanderung von Ausländern die Einwanderung. Die Einwandererzahl im Dezember war die kleinste seit Februar 1919. Die Gesamtzahl der jüdischen Einwanderer während des am 30. Juni abgelaufenen Finanzjahres betrug 11 915.

Im zweiten Halbjahr 1930 wurde 229 Juden die Einwanderung verweigert und 75 wurden deportiert, während in dem mit Ende Juni abgeschlossenen Finanzjahr 1930 insgesamt 250 nicht zugelassen und 164 deportiert worden waren.

In der Judenfrage gibt es keinerlei Umkehr

Das Interesse der in Deutschland lebenden Juden ist aus leicht begreiflichen Gründen mit besonderer Gespanntheit auf die innerpolitischen Vorgänge konzentriert. Diese „Besonderheit“ des Gespanntseins erklärt sich aus der Tatsache, daß es sich bei den in Deutschland lebenden Juden in viel höherem Grade um Sein oder Nichtsein als bei den anderen Gruppen und Gemeinschaften in der deutschen Republik handelt, wenn die Richtung der Regierungspolitik eine Änderung nach rechts erfahren würde. Denn „rechts“ bedeutet leider in Deutschland — ganz anders als in England oder Frankreich — antisemitisch. Und dadurch wäre eine Rechtsregierung und zumal eine, die bei dem jetzigen Stande der innerdeutschen Entwicklung ans Ruder käme, für alle Juden in Deutschland eine Gefahr, auch für solche, deren Interessen und Anschauungen sie zweifellos in das Lager rechts führen würden, wenn sie nicht Juden wären. Mit größerer Neugier als sonst ein in Deutschland lebender Mensch greift also der deutsche Jude jeden Tag zu seiner Zeitung, um zu erfahren, welche Wendungen und Wandlungen die Innenpolitik genommen hat. Mit einem Gefühl der Erleichterung stellte man bisher fest, daß Reichskanzler Brüning das Heft in der Hand hat und daß er eine Mitwirkung der Nationalsozialisten an der Regelung der Reichsgeschäfte ablehnt. Dadurch ist Brüning in jüdischen Kreisen zu einer Popularität gelangt, die weit über die Anerkennung hinausgeht, welche ihm von anderen Schichten der Bevölkerung zuteil wird. Diese jüdische Anerkennung ist für Brüning ein unbeabsichtigter Erfolg, sozusagen ein Nebenprodukt seiner Regierungstätigkeit, und es soll ununtersucht bleiben, ob diese jüdische Zustimmung für Brüning eine Stützung seiner Position oder eine Belastung bedeutet. Immerhin sei verzeichnet, daß die Unterstützung der „Judenblätter“, Berliner Tageblatt, Vossische Zeitung, Frankfurter Zeitung usw. der Reichsregierung von der „nationalen Opposition“ bis weit in die Kreise solcher Parteiorgane, deren Geldgeber in der Regierungsmehrheit sitzen, hämisch angekreidet wird.

Natürlich verfolgen die Juden in Deutschland als Nächstbetroffene die Vorgänge im national-

sozialistischen Lager. Die bis zu den Septemberwahlen 1930 übliche Bagatelisierung und Verhöhnung der Nazis ist in das Gegenteil umgeschlagen. Man hat vor diesen Leuten Angst und Furcht, wenn auch keinen Respekt. Eine Flut von Schriften, Abhandlungen und Biographien der Naziführer ist seit dem September erschienen und man malt entweder den kommenden Naziteufel an die Wand oder versucht sich zu trösten und den Nachweis zu erbringen, daß der Nazispuk bald zerrinnen wird. Hierbei ist es nicht ohne Reiz, festzustellen, wie man sich im Zeitungsviertel in Berlin und auch in der alten freiheitlichen Hochburg in Frankfurt oder „Frankfurter Zeitung“ bemüht, bei aller Opposition gegen die Nationalsozialisten einen Übergang zu finden, wofern das als unwahrscheinlich immer wieder behauptete, daß die Nazis die Regierung übernehmen sollten, doch eines Tages eintreten könnte. Man nennt das: mögliche Tatsachen ins Kalkül ziehen, denn bereit sein ist alles. Allerdings findet dieses Beginnen in den Augen der abgelehnt-umworbenen Nationalsozialisten keine Gnade und nicht nur die Radaumacher im „Völkischen Beobachter“ und im Berliner „Angriff“ überschütten die „Judenblätter“ mit Kübeln von Hohn wegen deren überschlauer Haltung, sondern auch ernstere Nationalsozialisten, wie ein Artikelschreiber in dem von Juden gemachten „Literarischen Echo“ in Berlin, schreiben, daß diese „Tarnung im Berliner Zeitungsviertel“ ein aussichtsloses Unternehmen sei.

Das Rätselraten um die Nazis will kein Ende nehmen. Werden sie legal bleiben, werden sie einen Putsch machen? Wird das Zentrum doch einmal eine Schwenkung vornehmen, wenn die Nationalsozialisten einige ihrer krassesten Dummheiten ablegen werden? Häuten sich die Nazis? Werden sie vernünftig? Werden sie in der Außenpolitik diplomatischer werden und werden sie ihren Propagandastil mäßigen? Das sind so einige Fragen, die man sich allenthalben vorlegt, und sehr oft hört man Stimmen und Ansichten, die so lauten, als ob man suggerierend einem unartigen Kinde ein leidliches Benehmen anzuzeigen wollte, damit das Kind in die gute Stube ohne die Befürchtung eingelassen werden